

24/SN-188/ME

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG
ABTEILUNG 2 V/VERFASSUNGSDIENST

Zl. Verf- 1102/9/1992

Auskünfte: **Dr. Glantschnig**

Tel.Nr.: 0463-536

Dw.: **30204**

Bezug:

Bitte Eingaben ausschließlich an die
Behörde richten und die Geschäfts-
zahl anführen.

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ver-
waltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der
Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert
wird;
Stellungnahme

84 92
7. Okt. 1992
Nen

A. Czerning

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 W I E N

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Amtes der
Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die
Säumnisbeschwerde geändert wird, übermittelt.

Anlage

Klagenfurt, 28. September 1992

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Sladko eh.

F.d.R.d.A.

Dobner

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

ABTEILUNG 2 VVERFASSUNGSDIENST

Zl. Verf- 1102/9/1992

Auskünfte: **Dr. Glantschnig**

Tel.Nr.: 0463-536

Dw.: 30204

Bezug:

Bitte Eingaben ausschließlich an die
Behörde richten und die Geschäfts-
zahl anführen.

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich
der Regelungen über die Säumnisbeschwerde ge-
ändert wird;
Stellungnahme

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2

1014 W I E N

Zu dem mit do. Schreiben vom 30. Juli 1992, GZ. 601.457/2-V/1/92, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird, nimmt das Amt der Kärntner Landesregierung Stellung wie folgt:

1. Um zu vermeiden, daß nach Ablauf der Frist, innerhalb der für die Behörde Entscheidungspflicht besteht, Säumnisbeschwerde eingebracht wird, obwohl auf Grund der Einholung eines Gutachten des EFTA-Gerichtshofes die Entscheidungsfrist noch gar nicht abgelaufen ist, sollte eine Information der zur Beschwerdeerhebung zuständigen Verfahrensbeteiligten sichergestellt werden.
2. Abgesehen von den bereits zum zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Bundesvergabegesetzes vorgetragenen Bedenken wegen der Kürze der Entscheidungsfrist wie sie den Unabhängigen Verwaltungssenat im Nachprüfungsverfahren eröffnet wird, muß im Zusammenhang mit dem

gegenständlichen Regelungsvorschlag in § 27 Abs. 2 eine Klarstellung insoweit verlangt werden, als natürlich auch in die in dieser Bestimmung festgelegte Entscheidungsfrist der Zeitraum zwischen der Abfertigung des Ersuchens um ein Gutachten des EFTA-Gerichtshofes über die Auslegung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und den Einlangen dieses Gutachten nicht einzurechnen sein wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 28. September 1992
Für die Kärntner Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:
Dr. Sladko eh.

F.d.R.d.A.

Dobner